



**Gute Politik für unsere Stadt:
Junges Wahlprogramm der Jusos Hamburg.**

www.jusos-hamburg.de

Junges Wahlprogramm der Jusos Hamburg Bürgerschaftswahl 24. Februar 2008

Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg 18. August 2007.

Vorwort.....	2
Perspektiven für Betreuung und Familie.....	2
Neue Bildung.....	3
Bewegung fördern.....	5
Berufliche Bildung.....	6
Perspektiven für die Hochschulen.....	7
Arbeiten gegen Rechts!.....	8
Perspektiven für Gleichstellung schaffen.....	8
Hamburger Jugendkultur.....	9
Stadtentwicklung in Hamburg.....	10
Perspektiven für städtische Umweltpolitik.....	11
Solide Finanzpolitik für Hamburg.....	12

Vorwort.

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

die Jusos Hamburg haben im Herbst 2007 für die bevorstehende Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008 ein Junges Wahlprogramm verabschiedet. Damit sind die Jusos der erste Teil der SPD Hamburg, der ein inhaltliches und programmatisches Konzept für einen Wechsel 2008 vorgelegt hat.

Das Junge Wahlprogramm ist unser Beitrag zur Erarbeitung des Regierungsprogramms der SPD Hamburg. Mit Michael Naumann als Bürgermeister wird Hamburg eine sozialere, gerechtere und liberalere Stadt sein. Hamburg wird weiter wachsen und Hamburg wird vor allem zusammenwachsen.

Unsere Ideen und Vorschläge werden in der Programmkommission der SPD Hamburg beraten und entwickelt werden. Wir möchten damit die Stimme unserer Generation in der SPD sein und dazu beitragen, dass das SPD Regierungsprogramm ausgewogen die Interessen und Bedürfnisse aller Menschen in Hamburg aufgreifen kann. So werden wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht nur eine bessere personelle Alternative bieten, sondern wir werden vor allem den Wählerinnen und Wählern ein inhaltlich überzeugendes Angebot vorlegen.

Gerade zu den in den jüngeren Generationen Hamburgs gewichtigen Themen Bildungs-, Ausbildungs- und Hochschulpolitik legen wir klare Ideen und Forderungen vor. Aber auch gerade bei den jüngeren Hamburgerinnen und Hamburgern sind Themen wie Familien- und Betreuungspolitik, Umweltschutz, Gleichstellung, Jugendkultur und die Arbeit gegen Rechts ebenfalls sehr bedeutsam. Auch hier legen wir klare Konzepte und Ansprüche an eine bessere Politik für unsere Stadt vor.

Politik muss immer die verschiedenen Interessen und Forderungen aller gesellschaftlichen Gruppen miteinander in Einklang bringen. Das Junge Wahlprogramm der Jusos Hamburg zeigt auf, was aus unserer Sicht die Forderungen an eine bessere Politik in Hamburg sind, um unserer Generation nicht nur Perspektiven zu eröffnen, sondern ihr die reelle Chance auf volle gesellschaftliche Teilhabe und individuellen Erfolg jedes jungen Menschen in Hamburg zu geben.

Die Jusos Hamburg kämpfen an der Seite Michael Naumanns für den Wechsel 2008, für die Menschen, für Hamburg!

Mit jungen sozialdemokratischen Grüßen



Philipp-Sebastian Kühn
Landesvorsitzender der Jusos Hamburg
Mitglied im SPD Landesvorstand Hamburg

Perspektiven für **Betreuung und Familien.**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat viele Aspekte, angefangen von der gesellschaftlichen Akzeptanz berufstätiger Mütter und Väter, die in Elternzeit gehen, bis hin zur konkreten Umsetzung von Kinderbetreuung und Familienarbeit im Alltag. Die Entscheidung für eine Familiengründung hängt für viele in erster Linie mit der Möglichkeit zusammen, weiterhin arbeiten zu können.

Doch vor allem allein erziehende Mütter und Väter haben oft keine Möglichkeit, einer Berufstätigkeit nachzugehen und sind so auf entsprechende Sozialleistungen angewiesen. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Ein Kind darf in keinem Fall ein Armutsrisiko darstellen.

Wesentliche Gründe der ungenügenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind sowohl für Mütter als auch für Väter die fehlende Kinderbetreuung und die mangelnde Flexibili-

tät am Arbeitsplatz. Priorität hat der Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland, doch daneben sollten Eltern ihre Arbeitszeit flexibler gestalten oder eine Teilzeitstelle annehmen können.

Dies gilt für beide Elternteile: So lange Väter ihrer Familie nicht mehr Zeit widmen können oder dürfen, bleibt neben dem Job zu viel Erziehungs- und Hausarbeit an den (potenziellen) Müttern hängen, so dass inzwischen viele ambitionierte junge Frauen gleich ganz auf Nachwuchs verzichten. Eine familienfreundliche Unternehmenspolitik bindet qualifiziertes Fachpersonal und ist damit eine Vorbeugung gegen den drohenden Fachkräftemangel. Daher muss auch von politischer Seite auf darauf hingewirkt werden, dass Unternehmen ihre Kinderbetreuungsangebote z.B. in Form von Betriebskindergärten weiter ausbauen.

Die Entscheidung für eine Familie darf nicht in die Armut führen. Damit Beruf und Familie vereinbar sind, fordern wir Jusos umfangreiche Angebote an Betreuungsmöglichkeiten ab dem zweiten Lebensjahr. Das Elterngeld sichert die ersten 11 bzw. 14 Monate im Leben der jungen Familien finanziell ab.

Darüber hinaus müssen flächendeckend Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Hierbei sind besonders die Ganztagesangebote in den Mittelpunkt zu stellen. Dieses muss per Rechtsanspruch garantiert werden. Langfristige Zielsetzung ist es, dass diese Betreuungsplätze kostenfrei sind. In einem ersten Schritt halten wir jedoch nach dem Einkommen progressiv gestaltete Gebühren für notwendig. Unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze ist die Kinderbetreuung kostenfrei anzubieten.

Die Betreuung muss nicht notwendigerweise in einer Kindertagesstätte erfolgen. Vielmehr befürworten wir auch Tageselternmodelle nach dänischem Vorbild. Tageseltern sind hier fest bei der Kommune angestellt und betreuen jeweils etwa fünf Kinder. Die hohe Elternerwerbsquote in Dänemark spricht für ein solches Modell. Von der Kinderbetreuung durch Tageseltern oder in Kinderkrippe kann fließend in die Betreuung durch den Kindergarten und/oder die

Vorschule übergegangen werden. Um dies reibungslos zu gewährleisten, müssen genügend Betreuungsplätze vorhanden sein.

Neben einer Aufstockung von Betreuungsplätzen für Kinder in allen Altersbereichen und Lebenslagen muss es auch zu einer qualitativen Verbesserung kommen. Eine gute und bedarfsgerechte, an neuesten pädagogischen Erkenntnissen ausgerichtete Kinderbetreuung, bessere Aus- und Fortbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher, Sprachförderung für Kinder mit Sprachentwicklungsverzögerungen sowie für Kinder nicht deutscher Muttersprache und verpflichtende jährliche ärztliche Untersuchungen der Kinder sind Grundvoraussetzungen zur Sicherung der pädagogischen Qualität einer Kindertagesstätte.

Nur so können Sprachprobleme und motorische Defizite früh erkannt und das Kind in seiner individuellen Entwicklung optimal begleitet werden. Aber auch die Entwicklung von sozialen Fähigkeiten wird durch das spielerische Lernen mit anderen Kindern gefördert.

Sinnvoll fortgeführt wird dieses Kinderbetreuungskonzept durch den bedarfsgerechten flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen.

Neue Bildung.

Die Ergebnisse nationaler und internationaler Leistungsstudien haben die deutsche Bildungslandschaft nachhaltig erschüttert. Vor allem die hohe Koppelung von Sozialschichtzugehörigkeit und individuellen Bildungschancen ist für Deutschland besonders kennzeichnend. Dieser Zusammenhang ist in Hamburg noch stärker ausgeprägt als andernorts. Wir Jusos Hamburg sehen die Lösung nicht allein in den Schulstrukturdebatten begründet, sondern konzentrieren uns seit Jahren verstärkt auf die Inhalte des Lernens. Wir erkennen aber an, dass die Entscheidung, in Hamburg ein zweigliedriges Schulsystem zu etablieren, ein erster wichtiger Schritt zur Reformierung der Schulstruktur ist.

Gemeinsam mit unserem Bürgermeisterkandidaten Michael Naumann stehen wir Jusos Hamburg für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Regionalschule und Gymnasium. Deshalb stellen wir Jusos auch nicht die Existenzberechtigung der Gymnasien in Frage, sondern wollen uns viel mehr auf die Entwicklung der Regionalschule konzentrieren.

Kennzeichnend dafür ist die unbedingte Forderung, dass beide Schulformen zum Abitur führen müssen. In beiden Schulen muss die Kultur des Abschlusens leistungsschwächerer oder unbequemer SchülerInnen der Vergangenheit angehören. Dies ist nur zu erreichen durch die Einführung von Kurswahlsystemen, in denen die individuellen Stärken eines jeden Kindes gefördert und seine Schwächen frühzeitig erkannt werden und diesen entgegengewirkt wird.

Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Regionalschule mit dem Beginn der 10. Klasse zusätzlich eine Ausbildung par-

allel zur Schullaufbahn anbietet. Die bisherigen Möglichkeiten der Ausbildungsberufe (chemisch-technischer Assistent und biologisch-technischer Assistent) werden wir erhalten und durch ein breites Angebot neuer Ausbildungsberufe ergänzen. Daher muss die Regionalschule ganztägig geführt werden, während das Angebot des Gymnasiums halbtägig bleibt.

Anders als die CDU, die ein System von Gymnasien als Eliteschulen und Regionalschulen als Restschulen will, stehen wir für echte Chancengleichheit im Bildungssystem.

Dazu gehört in erster Linie die Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit. Die kostenlose Bereitstellung von Büchern und Lernmaterialien ist eine grundlegende Bedingung, allen SchülerInnen gerechte Erfolgchancen an den Hamburger Schulen zu Teil werden zu lassen.

Unabhängig von den weiterführenden Schulformen sehen wir Jusos einen erheblichen Handlungsbedarf in der frühkindlichen Bildung. Der Zeitraum zwischen dem dritten und dem sechsten Lebensjahr ist entscheidend für die weitere Entwicklung eines Kindes. Bereits vor der Einschulung muss das Gebot der Chancengleichheit verwirklicht werden, um allen Kindern die grundsätzliche Möglichkeit einer erfolgreichen Bildungskarriere zu garantieren. Daher fordern wir Jusos ein für alle Kinder verbindliches und kostenloses Vorschuljahr, welches als Ganztagsangebot geführt wird.

Anknüpfend an die vorschulische Bildung setzen wir uns auch seit Jahren für ein längeres gemeinsames Lernen im

Elementarbereich ein. Die bisherige Praxis der frühzeitigen Differenzierung nach Klassenstufe vier ist gescheitert. Je früher SchülerInnen auf unterschiedliche Bildungsgänge verteilt werden, desto kürzer wird auch das Zeitfenster, das für schulische Interventionen zum Ausgleich herkunftsbedingter Leistungsunterschiede zur Verfügung steht. Auch spätere Übergangentscheidungen fallen nicht unabhängig von der sozialen Herkunft, aber deren Einfluss wird nachweisbar geringer. Um dies auf einem dauerhaft niedrigen Niveau zu halten, muss das Angebot im Elementarbereich und in der Grundschule ganztägig sein. Durch die ganztägige Betreuung kann man sowohl dem Erziehungsauftrag gerecht werden als auch, durch Vernetzung mit Jugendeinrichtungen ein umfassendes Freizeitangebot für die Kinder schaffen.

Weitere bildungspolitische Forderungen der Jusos Hamburg sind folgend:

Eigenverantwortliches Einstellen von Lehrkörpern

Die Schulkonferenz gibt ein verbindliches Votum bei der Einstellung von LehrerInnen ab. Darüber hinaus formuliert sie klare Erwartungen an ihre LehrerInnen, setzt anspruchsvolle und realistische Ziele und fördert Eigeninitiative.

Externe Hilfe zur Qualitätssicherung

durch wissenschaftliche FachberaterInnen

Durch die Unterstützung von externen FachberaterInnen wird die Transparenz der Leistungen und die Effizienz der Schulen in den einzelnen Unterrichtsfächern sichergestellt. Die FachberaterInnen haben sich in ihrer Tätigkeit als LehrerInnen in ihrem Fachbereich besonders ausgezeichnet und werden in den einzelnen Schulkreisen mit diesem Amt betraut.

Durch die Einführung der FachberaterInnen ergibt sich auch die Möglichkeit das besondere Engagement einzelner LehrerInnen zu würdigen. Jedes Unterrichtsfach erhält eine solche FachberaterIn, die einmal jährlich eine Konferenz unter Beteiligung aller FachlehrerInnen des jeweiligen Schulkreises organisiert.

Dort werden die gemeinsamen Erfahrungen und Ergebnisse beraten, zudem finden verpflichtende Weiterbildungen statt, die garantieren, dass alle LehrerInnen fachspezifisch auf den neuesten wissenschaftlichen und didaktischen Stand gebracht werden. Notwendigerweise muss die FachberaterIn im Verlaufe eines Schuljahres mindestens einmal im Unterricht bei den FachkollegInnen hospitieren.

Sicherstellung von Beratungsangeboten

In Stadtteilen müssen Beratungsangebote zu familiären, schulischen und postschulischen Problemen Hilfestellung bieten. Hierbei müssen Vereine und Verbände aus den Stadtteilen sowie SozialarbeiterInnen und PsychologInnen beteiligt werden.

Beteiligung der Schulgemeinschaft und externer Partner

Die Schule kooperiert mit außerschulischen Einrichtungen, die Schülergruppen oder einzelne SchülerInnen fördern, und bezieht diese in die schulische Förderung ein. Dazu gehören auch außerschulische Förderangebote wie beispielsweise Wettbewerbe, Schülerakademien und -olympiaden.

Einführung des Förderunterrichtes

Die LehrerInnen tragen dafür Verantwortung, die SchülerInnen, die Schwierigkeiten haben, dem Unterricht zu folgen, früh zu erkennen. Die Schulleitung trägt dann die Verantwortung dafür, diesen SchülerInnen Förderunterricht anzubieten, damit sie den Anschluss an den regulären Unterricht finden. Voraussetzung für zusätzliche Fördermaßnahmen ist die gesicherte staatliche Finanzierung, damit es selbstverständlich ist, dass alle im Lehrplan ohnehin vorgesehenen Stunden gewährleistet sind und es zukünftig keine Unterrichtsausfälle mehr gibt.

Praxisorientierung

für handwerklich begabte SchülerInnen

Schule soll nicht mehr nur die im bisherigen Lehrplan festgeschriebenen Inhalte lehren. Zur Motivation der praktisch begabten SchülerInnen muss zusätzlich eine neue Form des berufsorientierten Unterrichts entwickelt werden.

Vielen SchülerInnen sind die Möglichkeiten im Handwerk und in den Lehrberufen nicht bewusst. Es muss die Aufgabe von Schule sein, diese beruflichen Alternativen offen zu legen. An der Regionalschule soll eine Unterrichtsform etabliert werden, in der durch für die berufliche Ausbildung qualifizierte Berufstätige (Meister und andere Personen mit Ausbildungsbefähigung) gelehrt wird. Diese Aufgabe könnte von den Kammern unterstützt, wenn nicht sogar in Absprache mit der Bildungsbehörde übernommen werden.

Plädoyer für die Investition in Bildung

Die Ausbildung von jungen Menschen wird von vielen Faktoren maßgebend beeinflusst. Dazu gehört eine gute Ausbildung der LehrerInnen, eine gute Ausstattung der Schulen, eine gute Betreuungsquote der SchülerInnen und vieles mehr.

Einige dieser Faktoren kann man konzeptionell gut ausbauen, viele andere aber hängen in letzter Konsequenz einzig und allein von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln ab.

Daher ist für eine gute Bildung ein großer Etat ebenso wichtig wie ein gutes Konzept. In einem Land, das sich „Exportweltmeister“ nennt und das ohne gut ausgebildete Fachkräfte nicht existieren kann, ist eine Investition in Bildung die beste Investition in die Zukunft.

Sicherstellung der Ausstattung

Die technische Ausstattung von Fachräumen und weiteren Unterrichtsräumen muss normgerecht sein und den Unterrichtserfordernissen entsprechen. Die Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Medien muss flächendeckend sichergestellt und regelmäßig erneuert werden. Darüber hinaus muss auch die Schulverwaltung und das schulinterne Informationsmanagement den zeitgemäßen Anforderungen gerecht werden.

Identität mit Schule

Um das Wir-Gefühl von SchülerInnen und LehrerInnen einer Schule zu stärken, sind Konzepte notwendig, die zu einer eigenen Schulidentität führen. Dazu gehören neben der Schülervertretung zum Beispiel auch öffentlichkeits-

wirksame Wettbewerbe in verschiedenen Disziplinen wie „Jugend trainiert für Olympia“ oder Schülerolympiaden zu einzelnen Fächern, welche die Identifizierung der SchülerInnen mit ihrer Schule festigen können.

Zudem können schulübergreifende Sportturniere (z.B. Fußball, Hockey, Schach) mit eigenen Schulmannschaften das Miteinander und das Wir-Gefühl der SchülerInnen stärken. Ebenso sollten schulübergreifende AGs eingerichtet werden. Diese verstärken die Kommunikation zwischen den Schulen und ermöglichen die gemeinsame Nutzung von Ressourcen.

Auch sollte zukünftig den SchülerInnen ermöglicht werden, Schulhöfe, Aufenthalts-, Unterrichts- und Klassenräume mitzugestalten.

Mehr Demokratie wagen

In Hamburg gibt es noch immer zahlreiche Schulen, in denen die Einbindung der SchülerInnen am Schulleben sehr beschränkt ist. Jede Schule muss zukünftig dazu verpflichtet werden, ihren SchülerInnen den größtmöglichen Spielraum an demokratischer Mitbestimmung zu bieten.

So sollte besonders die Schulkonferenz mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden und damit eine stärkere Bedeutung erlangen. Die Schulkonferenz muss das höchste Entscheidungsgremium an einer Schule sein, da dort alle wichtigen und gewählten Lobbygruppen der Schule vertreten sind und sie somit ein großes Maß an Demokratie in der Schule bedeutet. Das Mitbestimmungsrecht der Schülerinnen und Schüler muss durch Verpflichtung der Schule zu ihr sichergestellt werden. Die Einhaltung dieser Verpflichtung soll durch die Schulbehörde überwacht, ihre Missachtung muss geahndet werden.

Periodisches SchülerInnen-Feedback

Für Schulen muss dringend ein Evaluationssystem entwickelt werden, bei dem den SchülerInnen die Möglichkeit gegeben wird, ihren LehrerInnen ein Feedback zu geben. Eine sinnvolle Form des Feedback-Systems wird im Folgenden erläutert:

Bewegung fördern.

Zunehmendes Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen führt zu einem gesundheitspolitischen Problem. So sind derzeit knapp 15% der Kinder und Jugendlichen übergewichtig. Grund hierfür ist insbesondere die Kombination aus falscher Ernährung und mangelnder Bewegung durch veränderte Lebensgewohnheiten. Diese besorgniserregende Entwicklung findet ihren Ausdruck zum Beispiel in der dramatischen Zunahme von an Diabetes erkrankten Kindern und Jugendlichen.

Weniger im gesellschaftlichen Fokus sind die Zusammenhänge zwischen mangelnder Bewegung und erzielten Lernergebnissen. Denn Bewegungsmangel wirkt sich auch bei kognitiven Lernprozessen negativ aus, so dass in zunehmenden Maße immer mehr Schülerinnen und Schüler unter Konzentrationsschwierigkeiten und an herabgesetzter Lernlust leiden.

Alle LehrerInnen legen ihren Klassen halbjährlich einen standardisierten anonymen Fragebogen vor. Die Ergebnisse des Fragebogens müssen die LehrerInnen der Schulleitung nicht mitteilen. Die LehrerInnen sind zu einer Diskussion mit ihrer Klasse über die Ergebnisse verpflichtet.

Sollten die LehrerInnen die Diskussionsergebnisse im folgenden Halbjahr nicht qualitativ umsetzen, haben die SchülerInnen über die Klassensprecher die Möglichkeit, bei den regelmäßig stattfindenden Klassensprecherrunden (eine gemeinsame Sitzung zwischen Schulleitung und KlassensprecherInnen) ihre Kritik an die Schulleitung weiterzutragen.

Motivation der LehrerInnen

Ein entscheidender Faktor für guten Unterricht ist die Motivation der LehrerInnen. Nur ein interessanter Unterricht von motivierten LehrerInnen wird die volle Lernbereitschaft der Schüler erreichen. Durch die vielen Änderungen in den letzten Jahren und die Einführung des Lehrerarbeitszeitmodells sind viele LehrerInnen verunsichert und demotiviert. Ziel der Bildungspolitik nach dem geforderten Konsens zwischen SPD und CDU muss es sein, für die Lehrerinnen und Lehrer eine höhere Verlässlichkeit in der Planung und Gestaltung des Arbeitsumfeldes und des Arbeitsinhaltes herzustellen.

Themenschwerpunkte der Oberstufen

Den Oberstufen muss es erlaubt werden, Themenschwerpunkte zu entwickeln und damit Fachkompetenzen in den Bereichen Naturwissenschaften, Sprachen, Politik & Wirtschaft, Geschichte, Musik, Kunst oder Sport aufzubauen.

Dies würde das Profil der einzelnen Schulen stärken und die Identifikation der SchülerInnen mit der Schule fördern. Zusätzlich wird eine neigungsorientierte Vorbereitung auf den Besuch einer Hochschule ermöglicht. Vermutlich würde sich hierdurch auch die Zahl von Studienabbrüchen verringern. Zur Gewährleistung der Fächervielfalt muss die Kooperation zwischen den Schulen weiter gefördert werden.

Daher ist es wichtig, dass Sport und Bewegung gesellschaftlich wieder einen höheren Stellenwert genießen.

Wir Jusos fordern:

1. Gezielte Aufklärungskampagnen über Ernährung und Bewegung, die Eltern und Kinder für dieses Thema sensibilisieren.
2. Die Themen Ernährung und Bewegung als festen Bestandteil in die Hamburger Lehrpläne zu integrieren und ihnen mehr Bedeutung beizumessen. So sollten z.B. im Biologieunterricht die Folgen von schlechter Ernährung und mangelnder Bewegung stärker thematisiert werden. Auch der Sportunterricht darf nicht länger das Stiefkind der Lehrpläne sein.

3. Die Gewährleistung einer gesunden und ausgewogenen Ernährung in Kindergärten und Ganztagschulen, um die Kinder gezielt für eine gesunde und ausgewogene Ernährung zu begeistern.

4. Wir wollen ein gezieltes und bedarfsgerechtes Senatsprogramm zur Förderung des Vereinssports in Hamburg, um insbesondere Jugendlichen aus sozial schwachen Familien von klein auf die Möglichkeit zur Teilnahme am Breitensport zu ermöglichen.

5. Es ist von immenser Bedeutung, die Zusammenarbeit zwischen Vereinen und Schulen zu fördern. So kann man die Kinder und Jugendlichen von Anfang an für Sport bzw. Bewegung begeistern. Um das Sportangebot der Vereine zu fördern, müssen die Vereine ausreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Berufliche Bildung.

Nur 16% aller Hamburger Unternehmen bilden gegenwärtig aus. Dabei sind nach Einschätzung der Agentur für Arbeit rund 40% der Hamburger Unternehmen ausbildungsfähig. Im Dienstleistungssektor kamen 2005 auf 600.000 Beschäftigte gerade einmal 28.000 Auszubildende, in der Industrie auf 142.000 Beschäftigte gut 7.000 Azubis.

Im Jahr 2006 wurden erstmals mehr als 50% der Hamburger Ausbildungsplätze an auswärtige Jugendliche vergeben. Vom einem aktuellen Schülerjahrgang können nur noch 30% direkt in eine duale Ausbildung gehen, alle übrigen versuchen einen höheren Schulabschluss zu erreichen oder beginnen ein Studium. Zwar beschert die anhaltend gute Konjunktur mehr Ausbildungsplätze, dennoch wird dieser Zuwachs in den kommenden Jahren keinesfalls reichen, um den Bedarf zu decken. Denn durch die Schulzeitverkürzung an den Gymnasien wird im Jahr 2010 ein doppelter Abiturientenjahrgang auf den Ausbildungsmarkt strömen und den Verdrängungseffekt gegenüber schwächeren Schulabsolventen massiv verstärken.

Auch der Zuwanderungsdruck aus den umliegenden Bundesländern wird trotz künftiger geburtenschwacher Jahrgänge kaum abnehmen, denn Hamburg bleibt ungeachtet einer schlecht regierenden CDU eine attraktive Stadt.

Daneben ist in Hamburg auf besondere Art und Weise die Erwartung an die schulische Bildung der Jugendlichen mit Ausbildungswunsch enorm gestiegen. Von allen Jugendlichen in Hamburg mit Ausbildungsvertrag haben gegenwärtig nur 1,1% keinen Schulabschluss (12,3% aller Schüler haben keinen Abschluss), 18,9% einen Hauptschulabschluss und der Anteil der Abiturienten liegt mit 34,4% an der bundesweiten Spitze. Dies bedeutet: In Hamburg haben Schüler ohne Schulabschluss bzw. mit Hauptschulabschluss die schlechtesten Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt haben 31% der Jugendlichen mit einem Ausbildungsvertrag einen Hauptschulabschluss und der Anteil der Abiturienten beläuft sich auf nur 17%. Auch der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund hat sich von 1995 (11%) bis zum Jahr 2006 (6%) halbiert.

In Hamburg haben also vor allem diejenigen eine Chance auf Ausbildung, die Deutsche sind und über das Abitur verfügen.

Die Versäumnisse des CDU Senats:

1. Seit dem Regierungsantritt der CDU 2001 wurde immer wieder angekündigt, die Zahl der SchülerInnen ohne Abschluss zu senken. Nichts ist geschehen! Seit Jahren bleibt die Quote mit über 12% eines Jahrgangs unverändert hoch. Nötig sind Maßnahmen, die ab der 7. Klassenstufe ansetzen und leistungsschwächeren Schülern helfen, einen besseren Abschluss zu erreichen.

2. Ebenfalls nach dem Regierungsantritt 2001 hat die CDU den außerbetrieblichen Ausbildungssektor in Hamburg stark abgebaut. Damit wuchs Jahr für Jahr eine Bugwelle chancenloser Jugendlicher an, die heute aus den Statistiken verschwunden sind und zu weiten Teilen Hartz IV beziehen. Erst 2006 hat die CDU ihr Versagen erkannt und ein „Ole hilft Euch“-Notprogramm gestartet, bei dem 1000 Jugendliche für drei Jahre eine Ausbildung bekommen (Volumen 20 Mio. Euro). Sinnvoll wäre es hingegen, dieses Programm zu verstetigen.

3. Im Rahmen der Berufsschul-Reform wurde der Einfluss der Kammern soweit ausgeweitet, dass allgemeinbildende Inhalte zugunsten wirtschaftsorientierter zurückgestellt wurden. Die Mitbestimmung von Gewerkschaften, Eltern und Schülern wurde in allen relevanten Gremien faktisch abgeschafft! Demokratie und Bildung gehören für die CDU einfach nicht zusammen.

4. Die CDU hat für Hauptschüler eine Notenschwelle (3,3 in den Kernfächern) für den Wechsel an Berufsschulen und eine Altersbeschränkung (29 Jahre) eingeführt, an der nun viele Jugendliche scheitern. In einer Situation, wo viele Betroffene ohne Perspektive und ohne echte Alternative bleiben und statt dessen in Kurzzeitmaßnahmen orientiert werden, in denen sie nicht einmal die Chance bekommen, einen besseren Abschluss zu erlangen, ist von der Hamburger CDU nur Zynismus zu erwarten!

5. Und damit noch weniger Jugendliche eine echte Chance bekommen, hat die CDU auch gleich noch das Vorbereitungsjahr an den Aufbaugymnasien abgeschafft, das für Jugendliche mit Realschulabschluss vorgesehen war, damit diese den Anschluss an die Gymnasiale Oberstufe schaffen.

Die „Schwachen“ und „Spätzünder“ haben bei der CDU keine Priorität! Sie stören allenfalls in den Statistiken (falls sie da überhaupt noch auftauchen) und werden durch die Einführung von zusätzlichen Hürden und neuen Schwellen auch noch daran gehindert, nachträglich einen besseren Schulabschluss zu erwerben.

Wofür wir Jusos stehen:

1. Wir fordern ein gezieltes Senatsprogramm, das allen Jugendlichen ein Recht auf Ausbildung gewährleistet.
2. Das einmalig aufgelegte und zeitlich begrenzte Sofortprogramm für außerbetriebliche Ausbildungsplätze soll weitergeführt und aufgestockt werden.
3. Wir setzen uns für eine stärkere Förderung der Verbundausbildung in Kleinunternehmen ein.
4. Wir fordern die Einrichtung eines Umlagefonds innerhalb der Kammern zum gerechten Ausgleich zwischen auszubildenden und nichtauszubildenden Betrieben.
5. Wir werden uns für eine Verlagerung nachschulischer Maßnahmen für Jugendliche ohne Abschluss (oder mit

schlechtem Abschluss) in das allgemeinbildende System einsetzen. Unser Ziel ist es, dass alle Jugendlichen die Schule mit einem Abschluss verlassen, anstatt sie eine Maßnahmenkarriere durchlaufen zu lassen.

6. Ab Klassenstufe 7 sollen Jugendliche mit besonderem Förderbedarf verbindlich begleitet werden, bis sie eine Perspektive in Arbeit und Ausbildung gefunden haben.
7. Wir wollen, dass Maßnahmen der Arbeitsverwaltung (Zusammenspiel von Agentur für Arbeit sowie der Hamburger Bildungs- bzw. Wirtschaftsbehörde) besser untereinander abgestimmt werden. Es darf keine Warteschleifen mehr in Berufsvorbereitungsmaßnahmen geben.
8. Wir fordern bedarfsdeckende Angebote für jene Jugendlichen, die ihren Hauptschulabschluss nachholen wollen.
9. In den Gremien der beruflichen Schule und des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) sollen zukünftig Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter wieder gleichberechtigt vertreten sein. Die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte für Schülervertretungen sind zu stärken und auf alle relevanten Fragen auszudehnen.

Perspektiven für die Hochschulen.

Die hochschulpolitische Situation in Hamburg ist desolat. Seit Jahren hat insbesondere die Universität mit ihren knapp 40.000 Studierenden mit zahlreichen Problemen zu kämpfen. Anstatt die Probleme anzupacken, hat die Behörde von Jörg Dräger den Hochschulstandort kaputt reformiert. Die Einführung von Studiengebühren und der konzeptlose Aufbau von Mini-Unis schaden der Stadt und den etablierten Hochschulen. Es bedarf eines nachhaltigen Gesamtkonzeptes für Hamburg, bei dem die vorhandenen Potentiale genutzt werden, damit die Hamburger Hochschulen national und international wettbewerbsfähig sind! Insbesondere stehen die Jusos Hamburg für folgende Punkte:

Studiengebühren abschaffen!

Die Auswirkungen von Studiengebühren in Hamburg sind verheerend. Die abschreckende Wirkung, ein Studium aufzunehmen, kann durch Kreditmodelle nicht abgemildert werden, die Hochschulen verlieren Studierende. Hinzu kommt, dass das Gesetz schlampig umgesetzt wird, die Ausnahmetatbestände inakzeptabel sind und das Geld den Hochschulen kaum eine reale Verbesserung bringt. Wir stehen in diesem Punkt voll hinter dem von uns angestoßenen Beschluss der Hamburger SPD, die Studiengebühren nach einem Regierungswechsel wieder abzuschaffen. Wir werden die Partei auch weiterhin dazu drängen, an dieser Haltung festzuhalten, um nach erfolgreichem gemeinsamen Wahlkampf das Versprechen in die Tat umzusetzen.

Fächervielfalt erhalten!

Die enorme Fächervielfalt ist die große Stärke der Universität Hamburg. Eine derart hohe Anzahl an exotischen Fächern, die mit ihren Forschungsleistungen weltweit

brillieren, kann sich nur eine große Uni leisten. Das Potential, das auf diesem Gebiet liegt, muss geachtet und gefördert werden. Von der CDU wird es stattdessen beschnitten und somit schleichend vernichtet. Die Jusos Hamburg fordern den Erhalt und eine ausreichende Ausstattung der momentanen Fächervielfalt insbesondere im Bereich der Geistes- und Sprachwissenschaften.

Master-Kapazitäten ausfinanzieren!

Eine Stadt wie Hamburg kann sich nicht damit zufrieden geben, lediglich Bachelorstudierende hervorzubringen. Um den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und somit auch hochqualifizierte Lehrkräfte nach Hamburg zu locken, müssen die Übergangsquoten zu den Masterstudiengängen flächendeckend bei 80% oder höher liegen.

Besondere Zulassungsvoraussetzungen erhalten und ausbauen!

In der Jugendzeit getroffene Entscheidungen über den eigenen Bildungsweg dürfen nicht endgültig sein. Der Zugang zur Hochschule auch ohne Abitur bzw. Fachabitur muss einen festen Bestandteil in der bundesdeutschen Bildungslandschaft darstellen. Auch wer über einen Berufsabschluss verfügt, muss die Möglichkeit haben, studieren zu können. Exemplarisch hierfür war die mittlerweile durch einen CDU-Senat zerschlagene „Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik“, an der 40% der Studienplätze für Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und ohne Fach- bzw. Hochschulreife reserviert waren. Hier wird über das Verfahren der Aufnahmeprüfung eine vergleichbare Hochschulzugangsberechtigung vergeben. Diese einzigartigen Zulassungsvoraussetzungen werden nun im Studien-

gang Sozialökonomie an der Universität Hamburg weitergeführt. Dieses gesellschaftlich sinnvolle Konzept ist unbedingt weiterhin zu fördern und auszubauen.

Mehr Service für Studierende!

Die Organisationsstruktur der Hochschulen ist zum Teil noch immer mangelhaft. Es ist schwierig für Studierende, an Informationen, Unterlagen oder Scheine zu kommen. Die Jusos Hamburg fordern klare und verlässliche Service- und Anlaufstellen mit akzeptablen Wartezeiten für Studierende. Darüber hinaus unterstützen wir sämtliche Projekte und Maßnahmen, die den Studienablauf einfacher gestalten

und den Studierenden Zeit geben, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Campus lebenswert machen!

Die Jusos Hamburg unterstützen und entwickeln zahlreiche Projekte, um aus dem Campus mehr als nur einen Ort des Lernens zu machen. Kulturprojekte, Sportveranstaltungen, Partys und Konzerte werden von uns genauso gefördert wie die Verschönerung des Campus. Das Ziel ist ein Gesamtkonzept, das den Campus zu einem attraktiven Kultur- und Freizeitraum für alle Studierenden macht.

Arbeiten gegen Rechts.

Die Entwicklung der rechtsextremen Kriminalität in Hamburg ist besorgniserregend: Im Jahr 2006 stieg in unserer Stadt die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten auf 400 Delikte an. Das ist ein Zuwachs von 40,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Propagandadelikte erhöhten sich auf 288 Fälle. Hier ist sogar ein Zuwachs von 54,8 % im Vergleich zu 2005 zu verzeichnen. Dies ist genauso Ausdruck des wachsenden Rechtsextremismus in Hamburg wie die Gründung von immer mehr Parteien weit rechts der CDU.

Doch der CDU-Senat setzt diesem erschreckenden Trend nichts entgegen. Er hat entweder ahnungslos oder verharmlosend auf diese Entwicklungen reagiert. Ein ganzheitliches Landesprogramm aus aufeinander abgestimmten präventiven und repressiven Maßnahmen fehlt in Hamburg völlig.

Der Bund und viele andere Bundesländer haben erkannt, dass rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Strukturen die demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft bedrohen, und so stehen im Bundeshaushalt aktuell 5 Millionen Euro zusätzlich für die Arbeit gegen Rechtsextremismus zur Verfügung, was auf eine Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zurückgeht. Vor diesem Hintergrund wurde zu Beginn des Jahres 2007 das neue Bundesprogramm „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ aufgelegt. Der CDU-Senat hat zwar mitgeteilt, in diesem Rahmen Fördergelder zu beantragen. Inwieweit die Möglichkeiten des Bundes ausgeschöpft werden oder inwieweit geförderte Maßnahmen sich in Hamburger Aktivitäten einfügen, bleibt jedoch unklar. Dieses Vorgehen unterstreicht das Des-

interesse und die Einfallslosigkeit des Hamburger CDU-Senats für eine offensive Bekämpfungsstrategie gegen Rechtsextremismus.

Die Jusos Hamburg setzen sich deshalb für ein umfassendes „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ ein. Dieses sollte aus unserer Sicht neben wirksamen polizeilichen Maßnahmen gegen rechtsextreme Kader, Kameradschaften und gegen die rechtsextreme Musikszene auch auf die Stärkung und Weiterentwicklung der

demokratischen Gegenkräfte setzen, indem es die Bildung und die Verstärkung zivilgesellschaftlicher demokratischer Strukturen in und zwischen den ethnisch und kulturell vielfältigen Bevölkerungsgruppen unserer Stadt fördert.

Wie vom Bundesprogramm vorgesehen, fordern wir die Einrichtung mobiler Interventionsteams und einer Landeskoordinationsstelle. Neben der Beratung und Vernetzung können dadurch unter Berücksichtigung der jeweils lokalen Ressourcen gemeinsam mit Jugendeinrichtungen, Schulen, zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie der Kommunalpolitik und Verwaltung auf Bezirksebene situationsbezogene Handlungsstrategien entwickelt und lokale Aktionspläne umgesetzt werden.

Daneben ist auch die aktive Unterstützung der lokalen Bündnisse gegen Rechtsextremismus in Hamburg und die Stärkung der demokratischen Jugendkultur vor Ort von entscheidender Bedeutung.

Perspektiven für Gleichstellung schaffen.

Am 18. August 2006 ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz des Bundes in Kraft getreten. Mit diesem Gleichbehandlungsgesetz wurden die Rechte zur Bekämpfung ungerechtfertigter Benachteiligungen erheblich gestärkt. Doch in Hamburg führt dieses Gesetz ein Schattendasein. In vielen gesellschaftlichen Bereichen herrscht Diskriminierung.

Ob es der immer noch sehr geringe Frauenanteil in Führungspositionen der Hamburger Wirtschaft ist, die teilweise immer noch als „andersartig“ bezeichneten Schwulen und Lesben, die schiefen Blicke, die auf Menschen anderer

Herkunft geworfen werden, das Schubladendenken bei „typischen“ Frauen- und Männerberufen etc. Der CDU-Senat schweigt die herrschende Diskriminierung tot und macht, seit Inkrafttreten des Gleichbehandlungsgesetzes vor einem Jahr keinerlei Anstalten, das garantierte Recht auf Nichtdiskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen umzusetzen.

Wir Jusos werden dafür sorgen, dass die Hamburgerinnen und Hamburger über ihre Rechte und Pflichten auf Grund des Gleichbehandlungsgesetzes informiert werden. Es

muss, unabhängig von der zentralen Bundesstelle, auch in Hamburg eine Anlaufstelle geben, an welche sich Betroffene, Verbände und Vereine wenden können. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Landesstelle für Antidiskriminierung eingerichtet wird und alles Nötige dafür getan wird, dass die Hamburger Bürgerinnen und Bürger vor Ort eine Anlaufstelle zum Schutz vor Diskriminierung haben.

Der CDU-Senat hat bisher keine Motivation und kein Engagement gezeigt, den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung vor Diskriminierung zu geben. Nur wenn es auch vor Ort Ansprechpartner gibt, kann der Schutz vor Diskriminierung durch Beratung und Unterstützung gewährleistet werden.

Hamburger Jugendkultur.

Kultur ist für uns eines der wichtigsten gesellschaftlichen Güter. Sie bietet den Anstoß zum Dialog, zur Auseinandersetzung mit sich selbst und dem eigenen Umfeld und bereitet so die Basis für notwendige Erneuerungsprozesse. Wir wollen, dass Hamburg eine Kulturmetropole wird, deren Selbstverständnis nicht von Eventhüpferei, Prestige- und Ständesdünkel geprägt ist, sondern für ein Miteinander aller Kulturformen steht.

Kulturelle Teilhabe ist dabei genauso eng mit der sozialen Herkunft und Prägung verbunden wie im Bildungsbereich. Es ist schön, wenn Hamburgs Kinder freien Eintritt ins Museum bekommen, aber das nützt ihnen wenig, wenn sie keine Eltern haben, die sie dorthin begleiten.

Wir wollen Hamburgs Kindern in ihrer ganzen sozialen und ethnischen Vielfalt die Möglichkeiten von Kunst und Kultur eröffnen. Kinder aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Schichten erreichen wir nur über Schulen, Horte und Kitas. Für uns ist Kinder- und Jugendkultur immer eng mit Sozialpolitik verbunden. Deshalb plädieren wir für eine neue Allianz zwischen Kultur- und Sozialpolitik in diesem Bereich.

Wir sehen in kultureller Bildung die besten Chancen dafür, diejenigen wieder in die Gesellschaft zu integrieren, die in ihren Stadtteilen verelenden und durch Arbeitslosigkeit von sozialen Erosionsprozessen betroffen sind. Wir wollen, dass Hamburg auch in Zukunft eine weltoffene und tolerante Stadt bleibt.

Wir fordern, dass künftig ein besonderes Augenmerk auf die Grundschulen in sozial benachteiligten Stadtteilen gerichtet wird. Diese Schulen müssen bei der Einrichtung und Umsetzung von Förderprogrammen und beim qualitativen Ausbau des musischen Unterrichtes an erster Stelle stehen. Wir fordern einen Ausbau nicht nur des Musikunterrichtes an Hamburger Schulen, sondern aller kreativ-künstlerischen Fächer.

Immer noch verbringen zu viele Hamburger Jugendliche Ihre Freizeit auf der Straße. Dies liegt unter anderem auch an materiell bedingten Hürden, die Jugendliche daran hindern, Freizeitbeschäftigungen nachzugehen, bei denen sie neue

Unter dem letzten SPD-geführten Senat war Hamburg zum Beispiel mit dem Modell der Hamburger Ehe führend und hat bundesweit die positive Entwicklung in der Gleichstellung von Homosexuellen vorangetrieben. Um so erstaunlicher ist es, dass seit Regierungsantritt der CDU unter einem unfreiwillig geouteten Bürgermeister von Beust Hamburg weit hinter das bereits Erreichte zurückgefallen ist.

Besorgniserregend ist die zunehmende Gewalt gegen homosexuelle Schülerinnen und Schüler. Daher fordern wir ein gezieltes Aufklärungsprogramm an den Hamburger Schulen.

Interessen entdecken und vertiefen können.

Die Jusos Hamburg fordern daher für die Regierungszeit 2008 bis 2012, dass das Angebot an Jugendeinrichtungen und Jugendhäusern in Hamburg wieder ausgebaut wird und die Kürzungen des CDU Senats im Jugendhilfebereich zurückgenommen werden.

Die Entwicklung, dass nur Jugendliche aus Elternhäusern diese Angebote wahrnehmen können, die zeitlich und materiell die Möglichkeit haben ihre Kinder in hohem Maße zu unterstützen, muss gestoppt werden. Gerade staatlich geförderte Angebote müssen denen offen stehen, die z.B. eben durch das Elternhaus nicht zu den Veranstaltungen und Kursen gefahren werden können.

Hier muss das bestehende Angebot der Stadt Hamburg nachhaltig abgesichert und durch ein entsprechendes Serviceprogramm für die Jugendlichen ergänzt werden. Dabei müssen sowohl die Schulen als auch die entsprechenden Jugendeinrichtungen einerseits als Anlaufstellen dienen, gleichzeitig müssen

aber auch die Anbieter der Angebote bei entsprechender Anfrage den finanziell schlechter gestellten Familien Lösungsmöglichkeiten anbieten, welche durch die Stadt Hamburg gefördert werden.

Außerdem muss eine ausreichende Versorgung an Außenstellen der Hamburger öffentlichen Bücherhallen gewährleistet sein. Die Tendenz, in immer mehr Stadtteilen die Bücherhallen zu schließen oder zu verkleinern, muss endlich gestoppt werden. Zudem sind gemeinsam mit der HÖB Konzepte zu entwickeln, um Jugendliche aus sozial deprivierten Schichten stärker für die Angebote der Bücherhallen zu interessieren.

Dabei muss verhindert werden, dass die Kinder und Jugendlichen von ihren Eltern aus finanziellen Gründen von den Bücherhallen abgemeldet werden. Daher fordern die Jusos Hamburg, dass bis zur Erlangung der Volljährigkeit eine Gebühr für die HÖB entfällt, wie dies in anderen Bundesländern schon praktiziert wird.

Stadtentwicklung in Hamburg.

Dem Trend zu einer Festivalisierung der Stadtplanung stehen wir Jusos genauso kritisch gegenüber wie großen städtebaulichen Leuchtturmprojekten. Problematisch ist nicht nur, dass dabei die planerische Zukunft ganzer Stadträume von einzelnen Events und Projekten abhängig gemacht wird, sondern auch, dass die Gegenfinanzierung zum Teil zu Lasten der ohnehin schon benachteiligten Stadtteile geschieht. Doch Probleme wie soziale Spaltung, Segregation und Stadtflucht können nur direkt, durch Maßnahmen in den Stadtquartieren bewältigt werden. In den Mittelpunkt der Stadtentwicklungspolitik muss deshalb wieder die Stadtteilentwicklungspolitik rücken.

Hamburgs Stärke und Attraktivität liegen in der Vielfalt seiner Stadtteile. Doch es gibt mittlerweile Quartiere in unserer Stadt, für die mehr geschehen muss als in moderne Wohnungen und ein ansprechendes Wohnumfeld zu investieren. Stadtteile, die von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt und Opfer der Politik der sozialen Spaltung des gegenwärtigen Senats sind. Diesen Stadtteilen hat die Konzentration der Senatspolitik auf Großprojekte und Prestigebauten und

die damit einhergehende fehlende Aufmerksamkeit besonders geschadet. Für diese Stadtteile hat der Senat kein zeitgemäßes Konzept. Die Konzentration von Arbeitslosigkeit, Armut und vielfältigen Problemlagen führt zu Verstärkungsprozessen, weil sich die Situation der Menschen durch ein schwieriges Umfeld und ein schlechtes Image weiter verschlimmert. Wer im falschen Stadtteil wohnt, hat weniger Chancen. Wer kann, kehrt deshalb diesen Quartieren den Rücken, was die soziale Situation weiter verschärft. Um diese Quartiere zu stabilisieren und die Entwicklung positiv zu wenden, muss daher sowohl den Bewohnern eine Perspektive geboten werden als auch in die Attraktivität dieser Stadtviertel investiert werden.

Dabei reicht es aber nicht aus, sich auf einzelne isolierte Projekte zu beschränken und quasi die Leuchtturmpolitik der Hochglanzzeiten unserer Stadt auf Problemquartiere zu übertragen, wie es der Senat plant. Notwendig ist vielmehr ein ganzheitlicher Ansatz der Förderung. Die Rahmenbedingungen in einem Quartier müssen insgesamt stimmen. In diesen Förderquartieren muss es ein gutes Angebot an sozialen Einrichtungen und Nahversorgung in einem lebenswerten Umfeld mit attraktiven Wohnungen und ansehnlichen Grün- und Spielanlagen geben. Die Chancen der Bewohnerinnen und Bewohner müssen mit einem überdurchschnittlichen Angebot der örtlichen Schulen, Kindertageseinrichtungen und an arbeitsmarktpolitischen Fördermöglichkeiten systematisch verbessert werden.

Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenschancen müssen durch Investitionen in den öffentlichen Raum, in Spielplätze, Grün- und Freizeitanlagen flankiert werden. Abgerundet werden muss das Engagement für mehr und bessere Lebenschancen der BewohnerInnen durch Imagekampagnen für diese Quartiere.

Wir müssen unsere Stadtteile fit für die Zukunft machen. Dies darf allerdings nicht von „oben“ diktiert werden, sondern muss mit den und für die im Quartier lebenden Menschen geschehen. Unser Ziel ist es, selbstbestimmtes Handeln der BewohnerInnen eines Stadtteils zu ermöglichen und dies durch professionelle QuartiersmanagerInnen zu unterstützen.

Eine weltoffene tolerante Metropole braucht die ständige Begegnung der verschiedenen Kulturen und das Miteinander von Jung und Alt, von Singles und Familien, Alteingesessenen und Zugezogenen im täglichen Leben, wenn ein vorurteilsfreier und offener Umgang miteinander die hier lebenden Menschen kennzeichnen soll. Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik müssen daher das Miteinander in gemischten Stadtteilen ermöglichen und fördern und nicht die Segregation forcieren.

Hamburgs Einwohnerzahl wird bis zum Jahr 2020 um fast 70.000 auf dann 1,814 Mio. Einwohner anwachsen. Dieser Trend ist grundsätzlich sehr zu befürworten, er darf aber nicht zu einer Explosion der Mieten führen. Deshalb muss Hamburg die Fertigstellungszahlen von Wohnungen von gegenwärtig 3500 auf über 6000 zu verdoppeln.

Hamburgs Stadtbild zeichnet sich nicht nur durch die vielen Wasserwege und die lebendigen und attraktiven Stadtteile aus, sondern auch durch die zahlreichen Grünflächen. Ob Kleingartensiedlungen, der Stadtpark, das Alte Land oder die Vier- und Marschlande, sie bilden für die Hamburger Bürger ein wichtiges Naherholungsgebiet und sind darüber hinaus die unersetzlichen grünen Lungen unserer Stadt. Für den CDU-Senat scheint dies nicht von großer Bedeutung zu sein.

Grünflächen in den Vier- und Marschlanden werden als Rückstellflächen für neue Bauprojekte eingeplant und zahlreiche Kleingartensiedlungen sollen abgerissen werden, um darauf Industrieparks entstehen zu lassen. Dieser achtlose Umgang mit den grünen Ressourcen unserer Stadt muss beendet werden! Wir fordern deshalb einen sorgfältigen und ausgewogenen Umgang mit den Naherholungsgebieten unserer Stadt.

Im Gegensatz zur CDU, die in Hamburg eine Politik der sozialen Spaltung betreibt, stehen wir Sozialdemokraten für die Erneuerung und das Zusammenwachsen der Stadtteile - nicht die U4 oder andere Millionengräber des Senats sollen unsere Stadt prägen, sondern lebendige Stadtteile, in denen die Menschen gerne leben, wohnen und arbeiten.

Perspektiven für **städtische Umweltpolitik.**

Die Umweltpolitik in Hamburg muss grundsätzlich geändert werden. Die CDU hat hier in sieben Jahren Regierungsverantwortung viel versprochen und nur wenig gehandelt. Sechs Jahre nach Abschaffung der eigenständigen Umweltbehörde durch den Senat schafft dieser eine „Leitstelle für Klimaschutz“ und bezeichnet dies als engagierten Klimaschutz. Ole von Beust lässt sich von Angela Merkel zum „Klimabeauftragten der CDU“ ernennen und genehmigt im gleichen Zug ein neues Kohlekraftwerk in Moorfleet. Dennoch plant der CDU-Senat eine Reduktion der CO₂-Emissionen in Hamburg um 40% bis 2020 - angesichts des Kraftwerkneubaus wären schon 1 % eine Sensation. Um solch eine Politik zu kaschieren, belässt es der Senat beim bloßen Ankündigen und zündet hier und da einige Nebelkerzen.

Dabei ließe sich Vieles tun. Wir brauchen in Hamburg einen gezielten und systematischen Ansatz für eine umwelt-, natur- und ressourcenschonende Politik.

Wir Jusos fordern daher:

1. Der Umweltschutz muss mit Sitz und Stimme im Senat vertreten sein. Es muss wie zuvor unter dem rot-grünen Senat eine eigenständige Umweltbehörde in Hamburg geben.

2. Es muss bei allen wichtigen Maßnahmen der Stadt einen „Umwelt-TÜV“ geben. Bei relevanten Senatsbeschlüssen muss vorher geprüft werden, wie sie sich auf Umwelt- und Klimaschutz auswirken.

3. Wir müssen erneuerbare Energien in Hamburg noch stärker fördern. Neben der Windenergie ist vor allem die Solarenergie in Hamburg noch unterbelichtet. In Hamburg gibt es insgesamt 11 Millionen Quadratmeter Dachflächen, die sich zur Gewinnung von Solarenergie eignen. Fangen wir mit den Dächern auf öffentlichen Gebäuden an.

4. Ein konzertiertes Eintreten zu einer umfassenden energetischen Gebäudesanierung. Die Wohnungswirtschaft hat hierfür der Stadt die Hand gereicht. Daran muss angeknüpft werden. Gerade mit einer durchgreifenden energetischen Modernisierung des Gebäudebestandes in Hamburg können wir drei Ziele erreichen: Wir schützen das Klima, die Mieter sparen Energiekosten und es wird in ihre Wohnungen investiert. Außerdem werden so Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft geschaffen. Die Stadt muss mit Förderprogrammen und beim eigenen Wohnungs- und Gebäudebestand noch stärker und mutiger voran schreiten. Darum muss die Energiesanierung öffentlicher und privater Gebäude mit zusätzlichen Mitteln aus dem Sonderinvestitionsprogramm voran gebracht werden.

5. Wir müssen beim Energiesparen besser werden. Die Stadt kann rund eine Million Euro allein durch ein verbessertes Energiemanagement, durch bessere Anlagenüberwachung und Optimierung der Fernwärme einsparen. Die erwirtschafteten Erträge sollten in einem Energie-Effizienz-Fonds ge-

sammelt werden, um daraus eine Hamburger Energie-Agentur finanzieren. Diese soll Verbraucherinnen und Verbraucher über Energiesparen und Energieeffizienz aufklären. Energiesparen muss Volkssport werden!

6. Auch im Bildungsbereich gäbe es eine Vielzahl von Möglichkeiten. Die „Ökologische Erziehung“ sollte fester Bestandteil des Schulunterrichtes werden und zwar sowohl im Grundschulbereich als auch in den weiterführenden Schulen. Das Hauptaugenmerk muss dabei darauf liegen, den Kindern so früh wie möglich ein ökologisches Bewusstsein zu vermitteln, damit erwünschte Verhaltensmuster so früh wie möglich geprägt und entwickelt werden.

7. Die Stadt Hamburg kann in ihren zahlreichen Behörden, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen zielgerichtet umweltbewusst handeln. Es sollte ausschließlich Recyclingpapier in sämtlichen öffentlichen Einrichtungen verwendet werden. Bei der Neuanschaffung technischer Geräte muss die Energieeffizienz berücksichtigt werden. Des Weiteren können die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst durch ressourcenschonendes Handeln einen großen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Es sollte daher in diesem Bereich ein angemessenes Angebot an Schulungen geben.

8. Gerade die jüngsten Störfälle in den AKWs Krümmel und Brunsbüttel haben gezeigt, dass insbesondere die älteren Kernkraftwerke äußerst störungsanfällig sind. Wir halten am beschlossenen Atomausstieg fest und unterstützen daher die Bemühungen von Bundesumweltminister Gabriel, die Restlaufzeiten von älteren Atomkraftwerken auf neuere zu übertragen.

9. Ein Alleingang Hamburgs beim Bau des Kohlekraftwerks Moorburg ist klimapolitisch nicht zielführend. Angesichts der zu erwartender Überkapazitäten fordern wir eine Koordination der Norddeutschen Länder bei der Schaffung neuer Kraftwerke. Eine reine Fixierung auf Kohle lehnen wir ab.

10. Eine dezentrale Energieversorgung im Verbund mit Kraft-Wärme-Kopplung sowie ein vielfältiger Mix aus innovativen Technologien ist der Weg in eine saubere Zukunft. Es muss ein Konzept für Hamburg entwickelt werden, das die Handlungsfähigkeit der Stadt wieder herstellt. Neue Formen der Energieversorgung gehören in einen Masterplan Klimaschutz. Die Jusos Hamburg fordern deshalb eine umfassende Energiewende. Heute Moorburg verhindern, morgen die Energiewirtschaft dezentralisieren.

Solide Finanzpolitik für Hamburg.

Dies bedeutet: Kein Defizit im Betriebshaushalt sowie keine Finanzierung auf Grund vager Einnahmehoffnungen. Wir stehen für eine Finanzpolitik, die soweit wie möglich durch Umschichtungen im Haushalt politische Schwerpunkte setzt.

Die CDU und Ole von Beust sind diejenigen, die nicht solide haushalten:

Nach wie vor ist die U-Bahn in die Hafencity unterfinanziert. Beim Verkauf von Grundstücken in der Hafencity ist eine Finanzierungslücke von 240 Mio. Euro entstanden.

Die CDU finanziert aus den Reserven der Stadt und den zusätzlichen Steuereinnahmen den Bau der Elbphilharmonie, den zu miserablen Konditionen abgewickelten Verkauf der städtischen Krankenhäuser und vermutlich auch die Ausfälle in der Hafencity. Außerdem hat dieser Senat einen Hafentwicklungsplan vorgelegt, der weder durchgerechnet noch durchfinanziert ist.

Eine Finanzpolitik, die auf den Verkauf städtischem Vermögens setzt, ist nicht solide. Ob man der nächsten Generation Schulden hinterlässt oder ihr Vermögen veräußert, macht keinen Unterschied. Vermögen ist endlich! Wir sind daher nicht dazu bereit für diese Miswirtschaft des CDU-Senates das Hamburger Tafelsilber zu veräußern. Es wird daher keinen Verkauf der HHLA mit uns geben. Es kann nicht sein, dass der Hafen boomt, die Stadt für Hafeninvestitionen alle ihre Reserven mobilisiert und dafür auf andere Zukunftsinvestitionen verzichten muss. Neuverschuldung ist nur dann legitimierbar, wenn damit unverzichtbare Zukunftsprojekte in unserer Stadt realisiert werden.

Allein im laufenden Haushalt gäbe es z.B. folgende konkrete Möglichkeiten zusätzliche Finanzmittel bereit zu stellen:

Durch Personalumschichtungen innerhalb der Behörde für Bildung und Sport ließen sich gut 18 Millionen Euro einsparen, die man im chronisch unterfinanzierten Bildungsbereich sicherlich besser anlegen könnte.

Des Weiteren hat die CDU im laufenden Haushalt 40 Mio. Euro für Wahlgeschenke eingeplant, indem sie die Rücklagen für besondere Risiken im Haushalt verdoppelt hat.

Unverschämt ist vor allem, dass die gegenwärtigen Steuer Mehreinnahmen in Höhe von ca. 500 Mio. Euro unverplant bleiben. Mit diesem Geld ließe sich u.a. auf Studiengebühren verzichten und die Lehrmittelfreiheit wieder herstellen.

Auch im Bereich der Steuergerechtigkeit sind für Hamburg Mehreinnahmen zu erzielen. So ist beispielsweise die Wahrscheinlichkeit für ein Hamburger Unternehmen einer Steuerprüfung unterzogen zu werden äußerst gering: für einen mittelgroßen Betrieb liegt diese bei etwa 11 Jahren, für einen Kleinbetrieb bei 22 Jahren. Diese Situation führt zu weniger Steuerehrlichkeit und so letztlich zu weniger Steuereinnahmen und sozialer Gerechtigkeit. Die Schaffung neuer Steuerprüferstellen würde zum einen zu mehr Steuergerechtigkeit und zum anderen zu mehr Staatseinnahmen führen. So hat beispielsweise jeder Steuerprüfer im Jahr 2003 Mehreinnahmen in Höhe von 1,5 Millionen Euro erzielt. Daher fordern wir Jusos die Schaffung von mehr Steuerprüferstellen in den Finanzämtern.